

# Bericht

---

Expertenvotum: Steuerpläne der  
Bundesregierung

für die

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft  
(INSM)

durch die

IW Consult GmbH

Köln, 25. April 2014

**Ansprechpartner für die Inhalte:**

IW Consult GmbH  
André Volkmer  
Research Analyst  
E-Mail: [volkmer@iwkoeln.de](mailto:volkmer@iwkoeln.de)  
Tel. (0221) 4981-857  
<http://www.iwconsult.de>

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>1 Der Hintergrund</b>	<b>7</b>
<b>2 Die Befragung</b>	<b>7</b>
<b>3 Meinung der Ökonomen</b>	<b>8</b>
<b>Über das IW-Expertenvotum</b>	<b>14</b>

## Tabellenverzeichnis

<b>Tabelle 1: 86 von 109 Ökonomen sprechen sich gegen die Mütterrente aus, 100 Ökonomen gegen die Rente mit 63 .....</b>	<b>8</b>
<b>Tabelle 2: 83 von 109 Ökonomen lehnen sowohl die Mütterrente als auch die Rente mit 63 Jahren ab .....</b>	<b>9</b>
<b>Tabelle 3: Durch das Rentenpaket erwarten Ökonomen überwiegend Nachteile .....</b>	<b>11</b>
<b>Tabelle 4: Mehrheit der Ökonomen sieht Vorteile in Verlängerung der Lebensarbeitszeit .....</b>	<b>12</b>
<b>Tabelle 5: Ökonomen befürworten Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung .....</b>	<b>14</b>

## Zusammenfassung

Das Thema „Rente“ bleibt in der politischen Diskussion aktuell. Die Bundesregierung hat ein Rentenpaket auf den Weg gebracht, das zum 01. Juli 2014 in Kraft treten soll. Das Paket umfasst zwei zentrale Reformen: Zum einen sollen Beschäftigte abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen können, wenn sie 45 Beitragsjahre in der Rentenversicherung vorweisen können (Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren). Zum anderen sollen die Erziehungszeiten von Müttern und Vätern, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, stärker in der Rentenversicherung anerkannt werden (Ausweitung der sogenannten „Mütterrente“). Zu diesem Thema wurden in der Zeit vom 18. bis zum 29. März 2014 insgesamt 109 Professoren für Wirtschaftswissenschaften befragt.

Die wesentlichen Ergebnisse lauten wie folgt:

- Die Professoren votieren mehrheitlich gegen die Ausweitung der Mütterrente: 23 Professoren sprechen sich für die Anhebung der Mütterrente aus, 86 sprechen sich dagegen aus. Die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren wird ebenfalls mehrheitlich von den Ökonomen abgelehnt. Die Ablehnung ist hier vergleichsweise stark ausgeprägt: So stimmen lediglich neun Professoren für die Rente mit 63 Jahren, 100 Professoren dagegen (**Tabelle 1**). Bei detaillierterer Betrachtung der Ergebnisse wird deutlich, dass die Mehrheit der Ökonomen sowohl die Ausweitung der Mütterrente als auch die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren ablehnt. 83 von 109 befragten Ökonomen votieren sowohl gegen die Mütterrente als auch gegen Rente mit 63 (**Tabelle 2**). Sie sprechen sich somit gegen die beiden Kernpunkte des Rentenpaketes aus, das die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat und zum 01. Juli 2014 in Kraft treten soll.
- Die Professoren sind mehrheitlich nicht der Meinung, dass die gesetzliche Altersversorgung durch das Rentenpaket gerechter wird: Insgesamt 84 Professoren vertreten diese Ansicht. Lediglich 24 Professoren sind der Ansicht, dass die gesetzliche Altersversorgung durch Einführung des Rentenpakets insgesamt gerechter wird. Zudem wird das Rentenpaket nach Ansicht der Professoren mittel- bis langfristig zu steigenden Beiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung führen. Bei diesem Punkt sind sich die Professoren in ihrer Zustimmung weitgehend einig: 81 Professoren antworten hier mit „Ja“, weitere 21 Professoren mit „Eher ja“. Eine weitere Auswirkung des Rentenpakets ist nach Ansicht der Ökonomen eine mittel- bis langfristige Verschärfung von Fachkräfteengpässen. 76 Ökonomen stimmen dieser Aussage zu, 33 Ökonomen vertreten die gegenteilige Ansicht (**Tabelle 3**).
- Eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus ist nach Ansicht der Ökonomen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Vorteil. Für ältere motivierte Mitarbeiter entsteht dadurch eine attraktivere Perspektive (103 Zustimmungen) und die Unternehmen können dadurch länger auf vorhandenes Erfahrungswissen ihrer Mitarbeiter zurückgreifen (106 Zustimmungen). Eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus wirkt nach Meinung der Professoren dem Fachkräfteengpass entgegen. Auch bei diesem Aspekt ist die Zustimmung vergleichsweise stark ausgeprägt: 93 Professoren stimmen zu, elf Professoren stimmen nicht zu. Die Ökonomen sind nicht der Meinung, dass durch eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche

Regelaltersgrenze hinaus die Aufstiegschancen jüngerer Mitarbeiter beeinträchtigt werden:  
Lediglich 19 Professoren sehen eine Beeinträchtigung der Aufstiegschancen jüngerer Mitarbeiter  
(Tabelle 4).

- Abschließend wurden die teilnehmenden Professoren gefragt, inwieweit sie aus ökonomischer Perspektive eine Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung befürworten. Bei diesem Aspekt sind sich die Professoren in ihrer Zustimmung wiederum weitgehend einig: So stimmen 97 Professoren für eine solche Koppelung, lediglich elf Professoren stimmen dagegen (Tabelle 5).

## 1 Der Hintergrund

Das Thema „Rente“ bleibt in der politischen Diskussion aktuell. Die Bundesregierung hat ein Rentenpaket auf den Weg gebracht, das zum 01. Juli 2014 in Kraft treten soll. Das Paket umfasst zwei zentrale Reformen: Zum einen sollen Beschäftigte abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen können, wenn sie 45 Beitragsjahre in der Rentenversicherung vorweisen können (Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren). Zum anderen sollen die Erziehungszeiten von Müttern und Vätern, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, stärker in der Rentenversicherung anerkannt werden (Ausweitung der sogenannten „Mütterrente“). Diesem Thema ist das vorliegende IW-Expertenvotum gewidmet.

## 2 Die Befragung

Die Befragung für das vorliegende IW-Expertenvotum fand in der Zeit 18. bis zum 29. März 2014 statt und wurde online durchgeführt. Insgesamt wurden ca. 430 Professoren für Wirtschaftswissenschaften angeschrieben, die an Universitäten in Deutschland tätig sind; 109 Professoren haben sich an der Befragung beteiligt. Im Einzelnen wurde die Einschätzung der Ökonomen zu folgenden Punkten erhoben:

- „Befürworten Sie aus ökonomischer Perspektive...“
  - „... die Ausweitung der Mütterrente?“
  - „... die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren?“
- „Welche Auswirkungen wird die Einführung dieses Rentenpakets ihrer Ansicht nach haben?“
  - „Die gesetzliche Altersversorgung wird dadurch insgesamt gerechter.“
  - „Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden dadurch mittel- bis langfristig steigen.“
  - „Fachkräfteengpässe werden dadurch mittel- bis langfristig verschärft.“
- „In der öffentlichen Diskussion werden Vorschläge eingebracht, Arbeitsverhältnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus attraktiver zu gestalten. Was denken Sie, welche Auswirkungen haben solche Maßnahmen?“
  - „Dadurch entsteht für ältere motivierte Mitarbeiter eine attraktivere Perspektive.“
  - „Das Unternehmen kann dadurch länger auf vorhandenes Erfahrungswissen seiner Mitarbeiter zurückgreifen.“
  - „Dem Fachkräfteengpass wird dadurch entgegengewirkt.“
  - „Die Aufstiegschancen jüngerer Mitarbeiter werden dadurch beeinträchtigt.“
- „Bei der zukünftigen Ermittlung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung wird u. a. eine Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung diskutiert. Befürworten Sie aus ökonomischer Perspektive eine solche Koppelung?“

Zudem hatten die Ökonomen am Ende der Befragung die Möglichkeit, ein Statement zum Thema Rentenpläne der Bundesregierung abzugeben.

Auf Basis der Aussagen und Statements lässt sich – dem Ziel des IW-Expertenvotums entsprechend – ein Stimmungsbild erheben, ohne die Professoren zeitlich zu stark zu beanspruchen. Eine tiefergehende Beschäftigung mit den angesprochenen Aspekten würde naturgemäß eine differenzierte Analyse erfordern. Zusätzlich ist anzumerken, dass diese Kurzbefragung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Nicht alle Aspekte zum Thema „Rentenpaket“ konnten detailliert behandelt werden.

### 3 Meinung der Ökonomen

#### 86 von 109 Ökonomen sprechen sich gegen die Mütterrente aus, 100 Ökonomen gegen die Rente mit 63

Die Professoren votieren mehrheitlich gegen die Ausweitung der Mütterrente: 23 Professoren sprechen sich für die Anhebung der Mütterrente aus, 86 sprechen sich dagegen aus.

Die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren wird ebenfalls mehrheitlich von den Ökonomen abgelehnt. Die Ablehnung ist hier vergleichsweise stark ausgeprägt: So stimmen lediglich neun Professoren für die Rente mit 63 Jahren, 100 Professoren dagegen. Von den 100 Professoren, die dagegen stimmen, verteilen sich neun Stimmen auf die Antwortmöglichkeit „Eher nein“, 91 Stimmen auf die Antwortmöglichkeit „Nein“ (**Tabelle 1**).

**Tabelle 1: 86 von 109 Ökonomen sprechen sich gegen die Mütterrente aus, 100 Ökonomen gegen die Rente mit 63**

"Befürworten Sie aus ökonomischer Perspektive ...?"

Anzahl der Experten

"... die Ausweitung der Mütterrente"	
Ja	12
Eher ja	11
Eher nein	33
Nein	53
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>
"... die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren"	
Ja	5
Eher ja	4
Eher nein	9
Nein	91
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>

Quelle: IW-Expertenvotum, März 2014; 109 Experten



### 83 von 109 Ökonomen lehnen sowohl die Mütterrente als auch die Rente mit 63 Jahren ab

Bei detaillierterer Betrachtung der Ergebnisse der ersten beiden Fragen wird deutlich, dass die Mehrheit der Ökonomen sowohl die Ausweitung der Mütterrente als auch die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren ablehnt. 83 von 109 befragten Ökonomen votieren sowohl gegen die Mütterrente als auch gegen Rente mit 63 (**Tabelle 2**). Sie sprechen sich somit gegen die beiden Kernpunkte des Rentenpaketes aus, das die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat und zum 01. Juli 2014 in Kraft treten soll.

**Tabelle 2: 83 von 109 Ökonomen lehnen sowohl die Mütterrente als auch die Rente mit 63 Jahren ab**

"Befürworten Sie aus ökonomischer Perspektive ...?"

Anzahl der Experten

"... die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren"					
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein	Gesamt
<b>"... die Ausweitung der Mütterrente"</b>					
<b>Ja</b>	2	3	0	7	12
<b>Eher ja</b>	1	0	2	8	11
<b>Eher nein</b>	0	1	5	27	33
<b>Nein</b>	2	0	2	49	53
<b>Gesamt</b>	5	4	9	91	109

Quelle: IW-Expertenvotum, März 2014; 109 Experten

Die Rentenpläne werden u.a. unter den Aspekten Generationengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit abgelehnt. Dies verdeutlichen folgende Statements der Professoren:

- „Mit ihren neuen Rentenplänen konterkariert die Bundesregierung die sinnvollen Strukturreformen in diesem Bereich, die im Rahmen der "Agenda 2010" durchgeführt worden waren. Die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung wird angesichts des demographischen Wandels gefährdet, die Generationengerechtigkeit wird ganz ausgeblendet.“
- „Ein kolossaler Rückschritt, rein populistisch motiviert. Unter dem Mäntelchen der Gerechtigkeit wird einmal mehr die junge Generation abgestraft.“
- „Ein reines Wahlgeschenk! Ökonomisch völlig unsinnig. Auch das Gerechtigkeitsargument zieht nicht. Gerade armen Rentnerinnen hilft die Mütterrente wegen der Anrechnung auf die Grundversorgung nicht. Es scheint also auch nicht wirklich um die Bekämpfung von Altersarmut zu gehen.“

Es gibt aber auch Stimmen, die sich - mit Einschränkungen - für die Rentenpläne aussprechen:

- „Beide Rentenvorhaben sind aus Gerechtigkeitsaspekten zu befürworten. Allerdings sollten die Mittel dafür durch Umverteilung innerhalb der jetzigen Rentner/Pensionär-Generation mobilisiert werden, nicht durch Griff in die Rentenkasse. Ggf. könnte der Staat über Steuermittel die Umverteilung innerhalb der jetzigen Rentnergeneration etwas bezuschussen, aber es ist nicht akzeptabel, dass dies ganz auf Kosten der jüngeren Generation, und vor allem der Beitragszahler in die gesetzliche Rentenversicherung, finanziert wird.“

### **Professoren sehen negative Auswirkungen infolge des Rentenpakets**

Die mehrheitliche Ablehnung der Rentenpläne zeigt sich auch bei den erwarteten Auswirkungen:

So sind die Professoren mehrheitlich nicht der Meinung, dass die gesetzliche Altersversorgung durch das Rentenpaket gerechter wird: Insgesamt 84 Professoren vertreten diese Ansicht. Lediglich 24 Professoren sind der Ansicht, dass die gesetzliche Altersversorgung durch Einführung des Rentenpakets insgesamt gerechter wird.

Das Rentenpaket wird nach Ansicht der Professoren mittel- bis langfristig zu steigenden Beiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung führen. Bei diesem Punkt sind sich die Professoren in ihrer Zustimmung weitgehend einig: 81 Professoren antworten hier mit „Ja“, weitere 21 Professoren mit „Eher ja“. Lediglich vier Professoren antworten hier mit „Eher nein“, weitere zwei mit „Nein“.

Eine weitere Auswirkung des Rentenpakets ist nach Ansicht der Ökonomen eine mittel- bis langfristige Verschärfung von Fachkräftengpässen. 76 Ökonomen stimmen dieser Aussage zu, 33 Ökonomen vertreten die gegenteilige Ansicht (**Tabelle 3**).

**Tabelle 3: Durch das Rentenpaket erwarten Ökonomen überwiegend Nachteile**

"Welche Auswirkungen wird die Einführung dieses Rentenpakets Ihrer Ansicht nach haben?"

Anzahl der Experten

<b>"Die gesetzliche Altersversorgung wird dadurch insgesamt gerechter."</b>	
<b>Ja</b>	<b>11</b>
<b>Eher ja</b>	<b>13</b>
<b>Eher nein</b>	<b>41</b>
<b>Nein</b>	<b>43</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>
<b>"Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden dadurch mittel- bis langfristig steigen."</b>	
<b>Ja</b>	<b>81</b>
<b>Eher ja</b>	<b>21</b>
<b>Eher nein</b>	<b>4</b>
<b>Nein</b>	<b>2</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>
<b>"Fachkräfteengpässe werden dadurch mittel- bis langfristig verschärft."</b>	
<b>Ja</b>	<b>26</b>
<b>Eher ja</b>	<b>50</b>
<b>Eher nein</b>	<b>23</b>
<b>Nein</b>	<b>10</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>

Quelle: IW-Expertenvotum, März 2014; 109 Experten

## Ökonomen sehen positive Auswirkungen in einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus hat nach Ansicht der Ökonomen mehrere Vorteile:

Arbeitnehmer können von einer Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus profitieren, weil dadurch eine attraktivere Perspektive für ältere motivierte Mitarbeiter entsteht: 103 Ökonomen stimmen dieser Aussage zu, lediglich zwei Ökonomen stimmen dieser Aussage nicht zu.

Arbeitgeber können ebenfalls von einer Verlängerung der Arbeitsverhältnisse über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus profitieren, da die Unternehmen dadurch länger auf vorhandenes Erfahrungswissen ihrer Mitarbeiter zurückgreifen können: 106 Ökonomen vertreten diese Ansicht, lediglich ein Ökonom ist gegenteiliger Meinung.

Nach Meinung der Professoren hat eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: 93 Professoren sind der Meinung, dass dadurch dem Fachkräfteengpass entgegengewirkt werden kann, elf Professoren stimmen dieser Aussage nicht zu.

Eine Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus beeinträchtigt nach Ansicht der Ökonomen nicht die Aufstiegschancen jüngerer Mitarbeiter: So vertreten 85 Professoren diese Ansicht. Lediglich 19 Professoren sehen eine Beeinträchtigung der Aufstiegschancen jüngerer Mitarbeiter (**Tabelle 4**).

**Tabelle 4: Mehrheit der Ökonomen sieht Vorteile in Verlängerung der Lebensarbeitszeit**

"In der öffentlichen Diskussion werden Vorschläge eingebracht, Arbeitsverhältnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die gesetzliche Regelaltersgrenze hinaus attraktiver zu gestalten. Was denken Sie, welche Auswirkungen haben solche Maßnahmen?"

Anzahl der Experten

<b>"Dadurch entsteht für ältere motivierte Mitarbeiter eine attraktivere Perspektive."</b>	
<b>Ja</b>	<b>70</b>
<b>Eher ja</b>	<b>33</b>
<b>Eher nein</b>	<b>2</b>
<b>Nein</b>	<b>0</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>4</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>

Fortsetzung auf der folgenden Seite

<b>"Das Unternehmen kann dadurch länger auf vorhandenes Erfahrungswissen seiner Mitarbeiter zurückgreifen."</b>	
<b>Ja</b>	<b>72</b>
<b>Eher ja</b>	<b>34</b>
<b>Eher nein</b>	<b>1</b>
<b>Nein</b>	<b>0</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>2</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>
<b>"Dem Fachkräfteengpass wird dadurch entgegengewirkt."</b>	
<b>Ja</b>	<b>45</b>
<b>Eher ja</b>	<b>48</b>
<b>Eher nein</b>	<b>10</b>
<b>Nein</b>	<b>1</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>5</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>
<b>"Die Aufstiegschancen jüngerer Mitarbeiter werden dadurch beeinträchtigt."</b>	
<b>Ja</b>	<b>3</b>
<b>Eher ja</b>	<b>16</b>
<b>Eher nein</b>	<b>61</b>
<b>Nein</b>	<b>24</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>5</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>

Quelle: IW-Expertenvotum, März 2014; 109 Experten

## Ökonomen befürworten Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung

Aus ökonomischer Perspektive befürworten die Professoren mehrheitlich eine Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung. Bei diesem Aspekt sind sich die Professoren in ihrer Zustimmung wiederum weitgehend einig: So stimmen 97 Professoren für eine solche Koppelung, lediglich elf Professoren stimmen dagegen (**Tabelle 5**).

**Tabelle 5: Ökonomen befürworten Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung**

"Bei der zukünftigen Ermittlung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung wird u. a. eine Koppelung der Regelaltersgrenze an die mittlere Lebenserwartung diskutiert. Befürworten Sie aus ökonomischer Perspektive eine solche Koppelung?"

Anzahl der Experten

<b>Ja</b>	<b>61</b>
<b>Eher ja</b>	<b>36</b>
<b>Eher nein</b>	<b>7</b>
<b>Nein</b>	<b>4</b>
<b>keine Angabe</b>	<b>1</b>
<b>Gesamt</b>	<b>109</b>

Quelle: IW-Expertenvotum, März 2014; 109 Experten

## Über das IW-Expertenvotum

Für das IW-Expertenvotum werden drei Mal im Jahr Professoren für Wirtschaftswissenschaften, die an Universitäten in Deutschland tätig sind, als Experten zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen online befragt. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.